

CDU-Politikerin übt Kritik

# Grotelüschen ist gegen die Bonpflicht

**WESERMARSCH/BERLIN.** Zur Kassenbon-Pflicht, die seit dem 1. Januar in Deutschland gilt, hat sich jetzt auch die hiesige CDU-Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen zu Wort gemeldet. „Ich lasse nicht locker, bis wir eine praktikable Lösung für unsere Betriebe haben“, so Astrid Grotelüschen, die auch Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT) Oldenburg-Land ist.

Das Gesetz zur Kassensicherungsverordnung regelt die verpflichtende Einführung von modernen Registrierkassen, wie sie schon von vielen Unternehmen genutzt werden. Mit dieser Einführung beziehungsweise Umstellung, die spätestens bis Ende September vorgenommen werden muss, ist der Kassenzettel überflüssig. „Deshalb haben wir als CDU die Bonpflicht auch nie verlangt. Dieses Bürokratie- und Umweltmonster entstammt der SPD-Feder“, sagt Astrid Grotelüschen.

Tatsache sei, dass laut Bundesfinanzministerium jährlich rund zehn Milliarden Euro Steuern nicht angemeldet werden, sodass es Manipulation und Steuerbetrug zu bekämpfen gelte. „Da die große Mehrheit unserer Betriebe ihre Steuern entrichtet, habe ich Verständnis für die Proteste, die sich gegen Bürokratie und Generalverdacht wenden. Das geht mir nicht nur als Wirtschaftspolitikerin gegen den Strich“, betont Astrid Grotelüschen.



Astrid Grotelüschen

Foto: Lammel

Auch Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) habe bereits eine Kurskorrektur in der Anwendung des Gesetzes gefordert. Bisher sei Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) aber hart geblieben. „Deshalb bin ich gemeinsam mit der MIT unnachgiebig. Wir verlangen in Berlin ein Einlenken beim Koalitionspartner und fordern eine schnellstmögliche Gesetzesänderung beziehungsweise eine Befreiung von der Ausgabepflicht als Übergangsregelung zu schaffen“, so die CDU-Politikerin.

Sie halte die Proteste von Bäckern, Kioskbesitzern, Frisören und Vertretern anderer Branchen für sinnvoll. „Zur Unterstützung könnte man die Zettel in den Postkasten eines SPD-Abgeordneten stecken oder zum Finanzminister nach Berlin schicken“, schlägt Astrid Grotelüschen vor. Vielleicht helfe das ja in dieser „unsäglich Diskussion“ weiter.